

Bundesratsreform?

Autor(en): **Büchi, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK**

Band (Jahr): - **(1940)**

Heft 961

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-690741>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

cowardly attack is a cowardly attack, and a breach of word is a breach of word.

"If Switzerland is attacked; the aggressors shall know that there will be rifle fire from every house and that it is a false calculation if they think they can 'take over' anything but smoking ruins."

THE PLIGHT OF THE SWISS HOTELS.

(*"Economist,"* 13.4.40).

The Swiss tourist industry is hard hit by the war, and a number of hotels are now in a hopeless situation. Owing to international unrest, the summer season was much less prosperous than the year before, and since the end of September the number of foreign tourists in Switzerland had dwindled to almost nothing. Most foreigners had returned home, and the Swiss authorities, with a view to checking espionage, made it extremely difficult for foreigners to come in.

The "Société Fiduciaire Suisse pour l'Hôtellerie," which was responsible for the financial reorganisation of Swiss hotels after the last war, made an inquiry into the situation of 664 hotels, representing 45,000 beds, or 25 per cent. of the available accommodation in Switzerland. These hotels are only open during the summer or winter season. The inquiry revealed that receipts during the 1939 summer season were 16½ million francs, against 22 millions in 1938, a drop of 25 per cent. Out of these 664 hotels, only 91 had assets exceeding their liabilities and were in a position to pay the interest on their mortgages. In most cases 70 per cent. of the running costs was not covered by receipts. The situation is therefore very serious, and it is felt that something ought to be done to lessen the debt burden of the hotels. Some hotels have been commandeered as military hospitals, at Interlaken, Montreux and Territet, and the financial situation of the hotels concerned is safe, at least for the time being. The question is whether the Government will be ready to grant a subsidy, as it did in 1920, to help the industry as a whole.

In 1938, the 5,700 Swiss hotels, totalling 110,200 beds, received 3,485,000 guests, of whom 1,426,000 came from abroad; in 1939, they had only 2,918,000 guests, 1,000,000 of them foreign. During the last winter season, the number of foreign tourists was hardly 10 per cent. of previous winters. The capital invested in the hotel industry is estimated at 2,034 million francs, and mortgages total 902 millions. According to the calculations made by the Association of Hotel Keepers, the average running costs represented in 1937 16.91 francs per night and per bed, while receipts were 19.29 francs; since then running costs have increased, and they are now from 18.70 to 23.40 francs per night and per bed according to the class of hotels. The Association is therefore of opinion that hotels should be allowed to raise their prices, especially as, since September last, the cost of living has increased by at least 5 per cent.

SWISS LEGATION LONDON.

Monsieur WALTER THURNHEER,
Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary

18, Montagu Place, W.1.

Monsieur CHARLES DE JENNER, *Counsellor*,
Monsieur ALEXANDRE GIRARDET, *Counsellor*,
(Commercial Affairs)
Monsieur JEAN DE RHAM, *Secretary*,
Monsieur ERIC KESSLER, *Special Attaché*,
Monsieur ROY HUNZIKER, *Attaché*.

SPECIAL DIVISION.
Duke of York Steps, S.W.1.

Monsieur WILLIAM PREISWERK, *Head of the Division*,
Monsieur WILLIAM MORETTI, *1st Secretary*.

BUNDESRAATSREFORM?

VON DR. HERMANN BÜCHI.

Als ob wir in der Schweiz seit dem Ausbruch des neuen Krieges nicht genug schwere militärische, finanzielle, wirtschaftliche und soziale Aufgaben zu bewältigen hätten, stellt sich nun auch eine *rein politische* Frage: Das Problem der Umgestaltung der Landesregierung, des Bundesrates. Präziser gesagt, handelt es sich um die Frage der Erweiterung des Bundesratskollegiums von 7 auf 9 Mitglieder. Das Problem hat verschiedene Aspekte. Im Vordergrund steht aber heute — wie übrigens seit einer Reihe von Jahren — der parteipolitische, die Frage nämlich, *ob die Sozialisten in den Bundesrat einziehen sollen oder nicht*. Ja, man kann sagen, dass ohne diese Seite das Problem unaktuell und zum mindesten leicht lösbar wird. Somit lautet die Problemstellung im Grunde so: soll die bestehende Regierungskoalition der grossen bürgerlichen Parteien des Freisinns, der Katholisch-Konservativen und der Bauern, welche heute die 7 Mitglieder des Bundesrates stellen und ihre Politik stützen, durch Aufnahme der sozialistischen Oppositionspartei erweitert werden?

Stellt man die Frage so, dann erkennt man sofort, dass es eine Frage von ausserordentlicher Tragweite ist. Dabei ist zum vornherein darauf hinzuweisen, welche einzigartige politische und staatsrechtliche Stellung der schweizerische Bundesrat innehat. Mit dem politischen System anderer demokratischer Länder, etwa Frankreichs oder Englands, ist kein Vergleich möglich. Schief ist auch die oft angestellte Parallele mit den Regierungen unserer Kantone, in denen in der Tat Sozialisten sitzen und in einem Kanton sogar die Mehrheit haben. Im Bundesrat verkörpert sich gewissermassen der schweizerische Staatswille. In seiner Hand liegt vor allem die Führung der Aussenpolitik, die Handelspolitik eingeschlossen, aber auch Landesverteidigung, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dazu kommt jene Regierungsstabilität, die eine schweizerische Eigenart ist, kommt die Tatsache, dass der Bundesrat auch insofern die entscheidende oberste Behörde ist, als er keine Instanz

Drink delicious "Ovaltine"
at every meal—for Health!

über sich kennt, wie dies in Frankreich der Fall ist, wo es einen Staatspräsidenten über dem regierenden Ministerium gibt.

Angesichts dieser ganz ungewöhnlichen Stellung des Bundesrates, in dem der Landeskurs und das Landesschicksal so geradezu verankert sind, bekommt das Problem seiner Erweiterung resp. Umgestaltung erst seinen richtigen Sinn. Es ist ganz klar, dass eine solche Behörde — die Regierung und Verwaltungsbehörde zugleich ist — einen einheitlichen Kurs, einen geschlossenen Willen haben muss, wenn ihre Autorität nicht Schwankungen und grossen Gefahren ausgesetzt sein soll. Das Auftreten der Parteien und ihr Kampf mag für ein Parlament das Natürliche sein. Für eine Regierung wie sie der Bundesrat repräsentiert, wäre sie untragbar. Nicht umsonst gilt in der Schweiz die Maxime, dass wer in den Bundesrat eintritt, über den Parteien stehen müsse.

Die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Bundesregierung ist seit dem Jahr 1929 gestellt, als bei einer Doppelwahl Ständerat und Stadtpräsident Dr. Klöti von Zürich als sozialistischer Gegenkandidat präsentiert wurde. Seitdem ist die sozialistische Regierungsbeteiligung von der Partei bei jeder Bundesratsvakanz angemeldet worden bis zur Ersatzwahl des jüngst verstorbenen Aussenministers Motta. Stets ohne Erfolg. Die Herren Häberlin, Musy, Schulthess und Motta wurden durch Anwärter aus den bürgerlichen Regierungsparteien ersetzt. Im Jahr 1938 lancierte die sozialistische Partei dann ein Volksbegehren, das rund 160,000 Stimmen auf sich vereinigte, eine im Verhältnis zur Stimmzahl anderer Initiativen von dieser Seite allerdings bescheidene Ziffer. Diese Initiative fordert die Erweiterung des Bundesrates von 7 auf 9 Mitglieder, zugleich aber seine Volkswahl und die Berücksichtigung der politischen Richtungen und der Sprachgebiete. Aus keinem Kanton dürfe mehr als ein Bundesrat gewählt werden und die Wahl habe in einem die ganze Schweiz umfassenden Wahlkreis zu erfolgen. Wenigstens drei Mitglieder müssten den französisch, italienisch und romanisch sprechenden Teilen, wenigstens 5 den deutschsprechenden Teilen der Schweiz angehören.

Damit wird der Entscheid in der schwierigen Frage vom Parlament und den Parteien direkt auf das Volk übertragen. Zwei Strömungen zeichnen sich bis heute und bis in die rechtsbürgerlichen Kreise ab, eine der sozialistischen Regierungsbeteiligung ungünstige und eine zustimmende. Die Frage der Volkswahl allerdings stösst durchwegs auf Ablehnung und dürfte überhaupt nicht akut werden, weshalb diesmal auf die Erörterung des Problems nicht eingetreten sei.

Die Anhänger der sozialistischen Regierungsbeteiligung — sie rekrutieren sich nicht ausschliesslich, aber doch überwiegend aus den linksbürgerlichen Kreisen und sie übertreffen an Eifer zeitweise selbst die Sozialisten — weisen vor allem auf die Notwendigkeit hin, durch eine verantwortliche Vertretung im Bundesrat dafür zu sorgen, dass die Arbeiterschaft stärker in unsern Staat hineinwache und ihn immer mehr ganz real als den ihrigen fühlen lerne. Dies namentlich auch, um Gefahren in der Zukunft zu vermeiden, wie sie 1819 in der Form des Generalstreiks unser Land bedrohten. Im heutigen Moment wird dann auch das Beispiel ausländischer Koalitions-

regierungen angeführt und die sozialistische Regierungstätigkeit in einigen nordischen Staaten, um Befürchtungen der bürgerlichen Kreise zu beschwichtigen. Der Zusammenschluss des Landes und die Zusammenarbeit aller grossen Parteien, das Problem des Tages, könne auf diese Weise am wirksamsten gefördert werden; alle Bedenken sollten gegenüber diesem höhern Gesichtspunkt zurückgestellt werden. Das umsomehr als ja die schweizerischen Sozialisten durch ihr Bekenntnis zu Demokratie und Vaterland und ihr Eintreten für die Landesverteidigung den schwersten Einwand gegen ihre Regierungsfähigkeit widerlegt und durch ihre Trennung von Nicole unter Beweis gestellt hätten. Mit der Erweiterung des Bundesratskollegiums könne auch der Ueberlastung einzelner Departemente durch eine durchgreifende Neuorganisation abgeholfen werden.

Für die Gegner des sozialistischen Regierungsexperimentes steht im Vordergrund die Tatsache, dass der schweizerische Sozialismus auch nach jener Bekehrung einer Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsauffassung huldigt, welche derjenigen des Bürgertums unversöhnlich gegenübersteht. Der Sozialismus ist zentralistisch gerichtet und damit im Gegensatz zur föderalistischen Struktur der Schweiz. Er zielt heute, wenn auch infolge der Zeitlage nicht mehr in revolutionärer Weise, auf die Schwächung der Privatinitiative und des Privateigentums im Sinne einer Förderung aller staatssozialistischen oder staatskapitalistischen Bestrebungen, wie sie in Deutschland und Russland zum Siege gelangt sind. Es wäre höchst verderblich, in einer Zeit, wo die führende Behörde des Landes starker Autorität und eines klaren politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Kurses bedarf, diese Behörde durch Mischung heterogener, einander entgegenarbeitender Elemente zu schwächen und zu diskreditieren, den Parteienhader nun auch noch in die oberste Behörde des Landes hineinzuverlegen. Der Bundesrat muss eine einheitlich gerichtete Regierung bleiben, der Kampf der Interessen ist im Parlament auszufechten. Alle Vergleiche mit ausländischen Beispielen sind angesichts der besondern Struktur der Schweiz nicht angängig. Zugleich wirkt bei den Gegnern ein starkes Misstrauen gegen die Ehrlichkeit und Nachhaltigkeit des sozialistischen Gesinnungswandels mit. Die Bekehrung der Sozialisten erscheint hier als zu konjunkturbedingt, zu sehr bloss eine vorläufige Umstellung unter dem Druck internationaler Ereignisse, als dass man hier geneigt ist, sie mit dem Einzug der Partei in die Landesbehörde zu honorieren, bevor sie in einer Bewährungszeit sichere Beweise von der tatsächlichen Abkehr von Klassenkampf und Internationalismus gegeben hat. Was die administrativen Gründe einer Neugestaltung des Bundesrates anbetrifft, so will man nicht durch weitere Departemente den bürokratischen Apparat noch vergrössern und dem Zentralismus und der etatistischen Betriebsamkeit neue Impulse geben. Dieses Problem kann administrativ, durch Dezentralisation und bessere Verteilung der Regierungslast auch im Rahmen eines 7-köpfigen Bundesrates gelöst werden, der so besser seinen Charakter als einheitliches Regierungskollegium bewahren kann.

Den Ausschlag in dieser seit Jahren umkämpften Frage haben bisher im Grunde — die Sozialisten gegeben und zwar zu ihren Ungunsten. Eigentlich resümiert sich das Problem dahin, ob man zu ihnen

Vertrauen hat. Nun war ihr tatsächliches Verhalten im letzten Jahrzehnt und namentlich in den letzten Jahren einem Wandel unterworfen, der alle Bedenken der Gegner immer wieder stärkte. Der sozialistische Kurs schwankte hin und her zwischen einer sterilen Obstruktionspolitik und einer Verständigungspolitik, die kein richtiges Vertrauen aufkommen liess. Das hing mit den Zeitverhältnissen zusammen, aber auch mit dem internen Kampf, der zwischen der gewerkschaftlichen und der linksextremen Richtung des Sozialismus einherging und einhergeht. Dazu kam, dass die Sozialisten für ihren Eintritt in den Bundesrat Bedingungen stellen, und insbesondere diesem Eintritt den Sinn der Aenderung des innenpolitischen Kurses unterlegen. Auch wird deutlich genug der Standpunkt verfochten, dass die Aufnahme eines oder mehrerer Sozialisten in die Landesregierung keine Bindung für die Partei, also keine Beeinträchtigung ihrer Oppositionsstellung und keine Uebernahme von Verantwortung bedeuten könne. Damit wird ersichtlich, dass der sozialistische Eintritt in den Bundesrat vorwiegend im Interesse der Verbesserung der sozialistischen Position steht und die gemeinsame Zusammenarbeit, wie sie die Zeit eigentlich erfordert, eine *cura posterior* ist.

Der Entscheid in der sicher nicht leicht zu nehmenden Frage soll in einer *Volksabstimmung* über die obengenannte sozialistische Initiative auf Volkswahl fallen und zwar vermutlich im Herbst. Auf eine Annahme beim Volk kann diese Initiative nicht rechnen, da die Volkswahl des Bundesrates allgemein auf Ablehnung stösst. So kommt es darauf an, ob Bundesrat und Bundesversammlung der sozialistischen Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen, der bloss die Erweiterung des Bundesrates auf 9 Mitglieder enthält. Darauf hofft man auf sozialistischer und auf linksbürgerlicher Seite. Die Schwenkung der sozialistischen Partei zu verstärkter Oppositionsstellung, wie sie sich im Zeichen des Krieges abzeichnet und wie sie konkret bereits in der Haltung der Partei in bezug auf das grosse Finanzprogramm und die finanzielle Landesverteidigung zu Tage tritt, lässt erwarten, dass auch heute die Zeit für die sozialistische Regierungsbeilegung *noch nicht gekommen ist*.

SWISS LOANS IN THE UNITED STATES AND THEIR REPAYMENT.

A short time ago, the world press announced that Finland had won for herself America's particular favour through having so punctually and untiringly paid back the debts incurred during the last World War. However, when it comes to punctuality and trustworthiness in meeting financial obligations, Switzerland can compete with any nation in the world.

Switzerland too has conscientiously paid back to the last cent and dollar all the loans made in America during the War and post-war periods. Moreover, at the time of repayment, Switzerland made a very noble gesture: one of the loans was only to be refunded in 1933 — i.e. at a date *after* the unforeseen devaluation of the dollar; but Switzerland, acting on a solemn decision of Parliament taken on a recommendation of the Federal Council, i.e. the Government, voluntarily paid back — not in devaluated dollars, but to the full

gold value of the dollar, thereby fulfilling her signed undertaking. The decision involved the no mean sum of 30 million dollars! The said recommendation of the Government is dated March 19th, 1934 and says that the Government, after having sought the opinion of the Ministry of Justice on the matter, had come to the conclusion that "the debt could not be repaid in devaluated currency." How moving these words are to-day! They do prove however that Switzerland takes her contractual obligations seriously and is ready and willing to hold to them, whatever sacrifice they may entail. In times such as we live in, such a gesture of good faith is worthy of being noted.

There were in all five loans raised by the Swiss Federal Government in America, from March 1915 to April 1924, totalling 120 million dollars. The primary reason for these loans was not that Switzerland could not easily have raised this capital herself: it is well known that Switzerland is the country which possesses the most capital in proportion to her population. As the loans were raised in the United States at a much higher rate of interest than the Swiss Government would have paid on a national loan, many Swiss themselves subscribed to them. Why did the Government raise such huge loans in America during that period? The fundamental reason was a rise of the dollar even on the Swiss exchange. Moreover, Switzerland required currency credit in dollars chiefly to pay the necessary commodity imports from America. To these five Government loans can be added two municipal loans raised in 1920: the cities of Bern and Zurich each borrowed 6 million dollars from America at a nominal rate of interest of 8%.

The Government loans amounted in all to 120 million dollars. But they were raised over a period of nine years and when the last one was made, the first had long since been paid back.

The first Swiss Government loan in America of March 1st, 1915, covering 15 million dollars was in particular fairly short-termed. This loan was payable in three parts in 1916, 1918 and 1920 and the refunds were punctually acquitted at the appointed dates. At that time, capital was still relatively cheap in America; the nominal rate of interest was 5% and the market price was a little below par. The actual rate of interest paid was 6%.

On the following loans conditions imposed grew more and more difficult, but the terms were longer.

The second loan of 30 million was negotiated on August 1st, 1919, and was payable in 10 years. The nominal rate of interest was 5½%, the actual interest however amounted to 6.55%.

The third loan issued by the Swiss Government in the United States in July 1920 amounted to 25 million dollars payable in 20 years, with option to repay after 10 years at 105: Switzerland chose the second alternative. The interest this time was 8%.

The fourth loan, in August 1923, covered 20 million dollars payable in three years. It was, however, repaid after two. This time interest fell to 5%.

The fifth and last loan was raised in April 1924 and again covered 30 million dollars. The term was fixed at 20 years, with option to repay after 10 years. It was a 5½% loan; the opening market price was at a discount of 2½%, i.e. at 97½. The net cost amounted accordingly to 6.08. Repayment could thus only be